

KLIENTEN-INFO

Budgetbegleitgesetz 2011

BGBI Nr. 111/2010 vom 31. Dezember 2010

Von **156 Artikeln** sind **10 neue Gesetze** betroffen, **eines** wird **aufgehoben**, **143** werden **geändert** und **2** betreffen Inkrafttretensbestimmungen. *Aufgehoben wird das Stempelmarkengesetz. Neu sind: Hinterlegung und Einziehung von Verwahrnissen, Rückführung der Kühlgeräteentsorgungsbeiträge der Konsumenten*, Vergleichsweise Bereinigung des Vollzuges des Bundespflegegesetzes 1993–2009, Stabilitätsabgabengesetz, Flugabgabengesetz, Luftfahrtsicherheitsgesetz, Personal der Heeresforstverwaltung Allentsteig wird an andere Rechtsträger überlassen, Arbeit- und Gesundheits-Gesetz, Agrarkontrollgesetz und Gesetz zur Begründung weiterer Vorbelastungen durch Infrastrukturministerium.*

**) PK-Nr. 4-2011 vom 10. Jänner 2011: SPÖ und ÖVP wollen dieses Gesetz durch ein anderes ersetzen.*

Die wesentlichen Neuerungen werden nach Bereichen wie folgt kurz dargestellt:

Steuern

Ökologische Lenkungsabgaben: Zuschlag von € 20,- je Tonne ausgestoßenes CO₂ entspricht einer **Mineralölsteuererhöhung** (inkl. USt) pro Liter von 4,80 Cent bei Benzin und 6 Cent bei Diesel. Die Kfz-Steuer für Lkw wird um 40% gesenkt, der MöSt-

Zuschlag auf **Agrardiesel** vergütet und das **Pendlerpauschale** um rd. 10% erhöht. Bei der **NoVA*** wird der Malus ab 1. März 2011 und ab 1. Jänner 2013 zusätzlich zum bereits bestehenden, um weitere € 25,- pro g/Km CO₂ Ausstoß erhöht. Ab 1. April 2011 ist vom Flugzeughalter für jeden Abflug eines Passagiers von einem inländischen Flughafen eine **Flugabgabe** von € 8,- bei Kurzstrecken, € 20,- bei Mittelstrecken und € 35,- bei Langstrecken zu entrichten. Die **Energieabgabe** wird nur mehr Produktionsbetrieben vergütet. Durch die **Tabaksteuererhöhung** kommt es zu einer Preiserhöhung pro Zigarettenpackung um 25 bis 35 Cent. Die thermische Sanierung wird gefördert.

INHALT

- Budgetbegleitgesetz 2011:
- Steuern
- Lohnverrechnung
- Familienlastenausgleich
- Arbeitsrecht und Sozialbereich
- Automatisierte Zwangsstrafen bei Verletzung der Offenlegungspflicht für Jahresabschlüsse ab 2011

Gesehen	Tag:						
	Name:						

*) Das BMF unterläuft mit Info vom 10. Jänner 2011 das Urteil, indem ab 1. März 2011 die NoVA statt nach § 1 nach § 6 Abs. 6 NoVAG (Ersatztatbestand) abzuführen ist. Die Rückzahlung versucht es mit der Rückzahlungssperre gem. § 239a BAO zu verhindern. Damit scheint die Unionsrechtswidrigkeit in beiden Fällen prolongiert zu sein.

Finanzbereich: Die **Vermögenszuwachssteuer** (25%) wird auf **realisierte Substanzgewinne** und **Depotübertragungen** (ohne Datenweitergabe) von **Kapitalvermögen** (Aktien, GmbH, Anleihen) und **Derivaten** (Termingeschäfte, Zertifikate) im In- und Ausland, unabgänglich von Behaltdauer und Beteiligungsausmaß im Privatvermögen und z.T. auch im Betriebsvermögen natürlicher Personen sowie für außerbetriebliche Kapitalanlagen von Körperschaften (Vereine, Stiftungen) erhoben. Ausgenommen sind buchführungspflichtige Körperschaften. Der normalen Einkommensteuer unterliegen Zinsen aus Privatdarlehen, nicht öffentlich begebene Forderungswertpapiere, ImmoFonds, echte stille Gesellschaften und Diskonterträge von Wechsel. **Veräußerungsverluste** können innerhalb eines Kalenderjahres nur mit **Veräußerungsgewinnen** und **laufenden Kapitalerträgen** im Veranlagungswege ausgeglichen werden; nicht aber mit Zinserträgen aus Geldeinlagen, sonstigen Kapitalforderungen und Kapitalerträgen, die nicht der KEST unterliegen sowie Zuwendungen von Privatstiftungen. Nicht ausgeglichene **Verluste** aus Kapitalvermögen können **nicht** mit anderen Einkunftsarten **ausgeglichen** oder **vorgezogen** werden. Für Verluste aus stillen Beteiligungen gilt die Wartetastenregelung. Im **Betriebsvermögen** sind Substanzverluste (Teilwertabschreibungen) aus Aktien, Anleihen, Derivaten etc. vorrangig mit Substanzgewinnen, ein **Verlustüberhang** ist idH. von **50%** mit anderen betrieblichen Einkünften zu **verrechnen**. Vermögensberater erblicken in diesem Verlustverrechnungssystem bereits ein neues Geschäftsfeld unter dem Titel „Verlustmatching / Steuerhedging“, um die Vor- und Nachteile zu Gunsten ihrer Klienten zu maximieren.

Das KEST-Gutschriftensystem für **Stückzinsen** wird abgeschafft. Sie gelten als **Anschaffungskosten** und die gesonderte Veräußerung ist steuerpflichtiger Substanzgewinn.

Bei Ermittlung der KEST-pflichtigen Gewinne können die damit zusammen hängenden **Ausgaben**, sowohl im **privaten** als auch **betrieblichen Bereich** bei natürlichen Personen, **nicht abgezogen** werden. Die Anschaffungskosten von Kapitalvermögen und Derivaten sind im Privatvermögen **ohne Anschaffungsnebenkosten** anzusetzen, wohl aber **im Betriebsvermögen**.

Realisierte **Wertsteigerungen** des Tilgungsträgers von einem **vor dem 1. November 2010** abgeschlossenen **Tilgungsplan**, der nachweislich im Zusammenhang mit einem Darlehen steht, das dem Erwerb eines begünstigten Eigenheimes, der Wohnraumschaffung oder -sanierung dient und € 200.000,- nicht übersteigt, bleiben auf Antrag bei der Veranlagung insoweit **steuerfrei**. Verschont bleiben **Rentenversicherungen** mit einer Laufzeit von mindestens **15 Jahren** bei Vertrags-

abschluss nach dem 31. Dezember 2010, bei denen die Versicherungssteuer auf 4% (bisher 11%) gesenkt wird und **Substanzauszahlungen** von Stiftungen.

Bei **Investmentfonds** (alte und neue) wird die Bemessungsgrundlage für die Besteuerung der Substanzgewinne ab 1. Juli 2011 von 20% auf 30% und bis 2014 stufenweise bis 60% angehoben. Die ausschüttungsgleichen (ag) Erträge werden mit 25% besteuert. Bei der **Veräußerung** durch den **Anteilsinhaber** besteht für vor dem 1. Jänner 2011 erworbene Fonds Steuerfreiheit nach Ablauf der Spekulationsfrist. Für nach dem 31. Dezember 2010 erworbene Fonds kommt es zur Besteuerung der tatsächlichen Ausschüttung abzüglich der Anschaffungskosten, die um ag Erträge zu erhöhen und steuerfreie Ausschüttungen zu vermindern sind, um eine Doppelbesteuerung zu vermeiden.

Der **neue KEST-Abzug** wird generell per **1. Oktober 2011 wirksam**.

Die **Beteiligungsveräußerung** (§ 31 EStG) entfällt ersatzlos, da künftig die Veräußerung unabhängig von Beteiligungshöhe und Behaltdauer steuerpflichtig ist. Bei einer vor dem 1. Jänner 2011 erworbenen Beteiligung, die zum 30. September 2011 unter 1% liegt, besteht Steuerpflicht nur dann, wenn sie innerhalb der 5- (§ 31 EStG) bzw. 10-jährigen (UmgrStG) Steuerhängigkeitsfrist veräußert wird.

Inkrafttreten der Neuregelungen

Kapitalanteile und Investmentfonds

Erwerb vor dem 1. Jänner 2011: Steuerfreie Veräußerung nach Ablauf der Spekulationsfrist, die aber über den 1. Oktober 2011 hinausgeht.

Erwerb nach dem 31. Dezember 2010: 25% ab 1. Oktober 2011 unbefristet, bis dahin Spekulationsbesteuerung.

Andere Kapitalanlagen (Anleihen und Derivate)

Erwerb vor dem 1. Oktober 2011: Steuerfreie Veräußerung nach Ablauf der Spekulationsfrist.

Erwerb nach dem 30. September 2011: 25% unbefristet ab 1. Oktober 2011.

Spekulationsfrist (§ 30) läuft per 30. September 2011 aus, gilt aber über den 1. Oktober 2011 hinaus:

Bis **31. Dezember 2011:** Kapitalanteile und Investmentfonds die vor dem 1. Jänner 2011 und

Bis **30. September 2012:** Derivate u.a., die vor dem 1. Oktober 2011 erworben wurden.

Die Regelung begünstigt „echte Spekulanten“, weil die Substanzbesteuerung nur mehr mit dem fixen Steuersatz von 25%, statt der Tarifsteuer bis 50% erfolgt. Die Neuregelung ist daher volkswirtschaftlich verfehlt, da es die kurzfristige Investition zu Lasten der langfristigen begünstigt. Kurzfristig orientierte Trader werden es den „klugen“ Politikern danken! Banken und Fonds deponieren ihre Bedenken, ob sie wegen der Kompliziertheit dieser Regelungen, den Termin für den KEST- Abzug einhalten können und kündigen eine Verfassungsklage wegen Unverhältnismäßigkeit an. Sie schätzen die Kosten für die Umrüstung auf bis zu € 250 Mio.

Abgeltung und Veranlagung: Im **außerbetrieblichen Bereich** ist die Einkommensteuerpflicht mit der

25%igen KESt abgegolten, es besteht aber die Option zur **Steuererklärung** zwecks **Verlustausgleich** oder **Regelbesteuerung** zum Durchschnittsteuersatz, falls dieser günstiger als 25% ist. In beiden Fällen besteht aber weder Verlustvortrag noch Werbungskostenabzug. Bei ausländischen Kapitaleinkünften ist im Regelfall eine Steuererklärung abzugeben, es sei denn, der KESt-Abzug bei Wertpapieren im Ausland erfolgt über eine österreichische Bank. Im **betrieblichen Bereich** besteht die Abgeltungswirkung nur für die Erträge. Für 50% der Substanzverluste besteht unbeschränkte Verlustverrechnung und -vortragsfähigkeit.

Keine Substanzbesteuerung besteht weiterhin für:

- Kapitalanteile und Investmentfonds bei Erwerb vor dem 1. Jänner 2011 nach Ablauf eines Jahres.
- Anleihen und Derivate bei Erwerb vor dem 1. Oktober 2011 nach Ablauf eines Jahres.
- Beteiligungen bei Erwerb vor dem 1. Jänner 2011 unter den o.a. Voraussetzungen.
- Tilgungsträger für die o.a. zweckbestimmten Darlehen bis € 200.000,-.
- Lebensversicherungen mit einer Mindestlaufzeit von 15 Jahren.
- Prämiengeförderte Altersvorsorge.
- Ausschüttungen von Mittelstandsfinanzierungsgesellschaften.
- Andere Wirtschaftsgüter (Antiquitäten, Gold etc.) nach Ablauf der einjährigen Spekulationspflicht.
- Liegenschaften nach Ablauf der 10-jährigen Spekulationsfrist.
- Eigenheim oder Eigentumswohnung, bei mindestens 2 Jahren Hauptwohnsitz.
- Selbst hergestellte Gebäude.
- Veräußerung eines Wirtschaftsgutes infolge eines behördlichen Eingriffs.

Sonderausgaben § 18 EStG

Entfall der Inlandsbeschränkung für **Eigenheime** bei mindestens 2 Jahre Hauptwohnsitz und für den **Kirchenbeitrag** in der Union und EWR. Entfall für **Genussrechte** und **junge Aktien**. Der Spendenabzug ist 2011 noch mit Belegen nachzuweisen, die Datenübermittlung wurde auf 2012 verschoben.

Die **Stiftungs-Zwischensteuer** auf Zinsgewinne wird auf 25% verdoppelt, wodurch der Thesaurierungseffekt verloren geht, aber die KöSt-Gutschrift bei der Ausschüttung von Finanzerträgen aufrecht bleibt bzw. die Steuer nicht zu erheben ist, wenn im selben Jahr eine KESt-pflichtige Zuwendung an Begünstigte erfolgt. Steuerlich motivierte **Gestaltungen** im Zusammenhang mit steuerhängigen **Grundstücken** während der Spekulationsfrist, werden bei Stiftungen ausgeschlossen.

Bei fremdfinanzierten Beteiligungserwerben im **Konzern** entfällt rückwirkend der Zinsenabzug! Kein KESt-Abzug ist vorzunehmen für Dividendenzahlungen an inländische Kapitalgesellschaften ab einer mittel- oder unmittelbaren **10-%igen** (bisher 25%) Beteiligung.

Sonstige Änderungen

Die **Bankenabgabe** (Stabilitätsabgabegesetz) wird von der um bestimmte Positionen verminderten Bilanzsumme und von risikoreichen Finanzinstrumenten (Derivaten) erhoben. Abgeschafft wird die **Darlehens- und Kreditvertragsgebühr**, wodurch sich eine Möglichkeit für die Sanierung wackeliger Konstruktionen durch nachträgliche gebührenfreie Beurkundung eröffnet. Die **Forschungsprämie** wird von 8% auf 10% erhöht und die Forschungsfreibeträge werden abgeschafft. Bei Reinigungsunternehmen kommt es zum **Übergang der USt-Schuld**.

Bei **Einkünften aus VuV** sind erstmals ab 2010 anstelle eines Verlustvortrages ungewöhnliche Kosten außerhalb des normalen Investitionsbereiches über Antrag auf **10 Jahre zu verteilen**. ■

Lohnverrechnung

Werbungskosten § 16 (1) Z 6 Erhöhung des **Pendlerpauschales** um rd. 10%. **Pendlerzuschlag** § 33 (9) Höchstbetrag **€ 251,-** (bisher € 240,-).

Kilometergelder. Unbefristet PKW/Kombi 42, Motorräder einheitlich 24 und pro mitfahrende Person 5 Cent/Km.

Keine Einkünfte aus nsA § 26 Z 5 bei Kostenersatz für ein öffentliches Verkehrsmittel (Jobticket), soweit kein Lohnersatz vorliegt.

Lohnkontoführungspflicht § 76 (1) spätestens ab dem 15. Tag des Monats, der dem Beginn des Dienstverhältnisses folgt.

Steuerschuldner § 83 (3) LSt-Haftung des **Dienstnehmers** bei vorsätzlichem Zusammenwirken mit Arbeitgeber hinsichtlich LSt-Verkürzung.

Bonusmeilen Keine LSt, DB, Dz und KommSt, aber SV-pflichtig. Steuerklärungspflicht für Dienstnehmer.

Steuerbefreiungen § 3 (1) EStG

Z 10: Begünstigte Auslandstätigkeit (Montageklausel) in Union, EWR und Schweiz 2011: **66%** und 2012: **33%** LSt-, DB-, DZ-, und KommSt-frei. Ab 2013: Volle Steuerpflicht.

Z 15 a: Mindestlaufzeit von 15 Jahren (bisher 10) für Er- und Ablebensversicherungen bei Zukunftssicherung. ■

Familienlastenausgleich

Familienbeihilfe ab Juli 2011 bis zum vollendeten **24. Lj.** Ausnahmen für: Mütter, Schwangere, Präsenz- und Zivildienner, Mindeststudiendauer von 10 Semestern und in Berufsausbildung befindliche behinderte Kinder bis zum **25. Lj.** Zuverdienstgrenze für Volljährige (18. bis 21. Lj.) **€ 10.000,-** (bisher € 9.000,-).

13. Familienbeihilfe Reduzierung auf **€ 100,-** für Kinder vom 6. bis 16. Lj. mit Auszahlung ab September 2011.

Mehrkinderzuschlag Reduzierung auf **€ 20,-** für das dritte und jedes weitere Kind, bei unveränderter Einkommensgrenze bis € 55.000,- p.a.

Schulbücher Entfall des Selbstbehaltes.

DB-Pflicht für ausländische Arbeitgeber, deren Arbeitnehmer den inländischen Bestimmungen zur sozialen Sicherheit unterliegen.

Alleinverdienerabsetzbetrag idHv. € 364,- entfällt für Ehepartner ohne Kinder.

Pensionistenabsetzbetrag bei Pensionen bis € 13.100,- p.a. und einem Zuverdienst des Ehepartners von nicht mehr als € 2.200,- p.a. **erhöht** sich der sonst zustehende PAB zum Ausgleich von € 400,- **um € 364,- auf € 764,- p.a.**

Außergewöhnliche Belastung bei das Pflegegeld übersteigenden Aufwendungen für behinderte (Ehe-) Partner ohne Selbstbehalt auch ohne AVAB, wenn Partnereinkommen unter € 6.000,- p.a. ■

Arbeitsrecht und Sozialbereich

Verzugszinsen für rückständige SV-Beiträge nunmehr 8% über dem Basiszinssatz, somit aktuell **8,38%** (2010: 6,01%).

Erhöhung der PV-Beiträge § 27 GSVG ab **1. Jänner 2011 auf 17,5%**, § 24 BSVG ab **1. Jänner 2011 15,25%** 2012: **15,5%**, 2013: **15,75%** und 2014: **16%**. Kein Bundesbeitrag mehr zur bäuerlichen UV-Versicherung.

Altersteilzeit §§ 27, 82 AIVG bei gleich bleibendem Eintrittsalter sinkt die Förderung der Blockvariante auf **50%** (bisher 55%).

Nachkauf der Beitragszeiten von Schul- und Studienzeiten für die PV: Anhebung generell auf das 30-fache der tägl. Höchstbeitragsgrundlage. Kostet daher für 2011 einheitlich **€ 937,08** pro Monat.

Hacklerpension § 617 (13) ASVG: **Antrittsalter** für Männer ab Jhg. 1954 nach 45 Versicherungsjahren frühestens mit 62 Jahren; für Frauen der Jhge. 1959 bis 1965 wird es schrittweise von 55 auf 62 Jahre angehoben. Ab Jhg. 1954 M und Jhg. 1959 F werden Krankengeldzeiten, Ersatzzeiten und nachgekaufte Beitragszeiten nicht mehr angerechnet, ausgenommen Kindererziehung, Wochengeld und Präsenzdienst. Gegenüber Personen, die mit 62 Jahren in die „**Korridor-pension**“ wechseln, haben Hacklerpensionisten weiterhin niedrigere Pensionsabschläge, die infolge des „Pensionskontos“ bis zum Jahre **2030** aber auf Null absinken, womit dann erst die **Hacklerpension ausläuft**. Das ist höhere „Pensionsmathematik“!

Invaliditäts-, Berufsunfähigkeits- und Erwerbsunfähigkeitspension: Durch **verpflichtende Rehabilitation** wird der Zugang erschwert. Unter dem Titel „Fit2Work“ wird ein Informationsangebot geschaffen.

Kündigungsschutz für Behinderte, die ab 2011 neu eingestellt werden. Sie können innerhalb der ersten vier Jahre gekündigt werden. **Ausgleichstaxe:** Sie beträgt 2011 für Nichteinstellung bei mindestens 25 Beschäftigten € 226,-, bei mehr als 100 € 316,-

und mehr als 400 (neu) € 336,- monatlich je offene Pflichtstelle.

Beamtendienstrecht. Für langzeitversicherte Männer und Frauen ab Jhg. 1954, wird ein dem ASVG angeglicherer frühestmöglicher Pensionsantritt mit 62 Jahren bei beitragsgedeckter Gesamtdienstzeit von **42 Jahren** eingeführt. Beamtinnen wird der Weg in die Hacklerpension erschwert bzw. ist für ab 55. Lj. ab 2014 nicht mehr möglich. Im öffentlichen Dienst wird ein „Papamonat“ eingeführt. ■

Automatisierte Zwangsstrafen bei Verletzung der Offenlegungspflicht für Jahresabschlüsse ab 2011

- Mit einer **Mindeststrafe** von **€ 700,-** (beim Erstverstoß sind € 750,- zu erwarten) bis maximal **€ 3.600,-** ist zu rechnen.
- Anstelle der bisherigen Strafandrohung erfolgt bei Terminverlust eine **automationsunterstützte Strafverfügung**, die gleichzeitig für **mehrere handlungspflichtige Personen** sowie für die **Gesellschaft** selbst verhängt werden kann.
- Nach erfolglosem Ablauf von 2 Monaten werden im 2 Monate-Rhythmus weitere Zwangsstrafen automationsunterstützt verhängt.
- Binnen 14 Tagen kann ein begründeter Einspruch eingebracht werden.
- Die **Erhöhung** für mittelgroße (**dreifache**) und große Gesellschaften (**sechsfache Strafe**) bleibt bestehen.
- Es erfolgt eine Veröffentlichung zu Lasten der Gesellschaft.
- Die **Neuregelung** gilt für Pflichtverletzungen **ab 1. Jänner 2011**. Erfolgen sie zwischen 1. Jänner und 28. Februar 2011 kommt es ab 1. März 2011 unter Berücksichtigung des Postenlaufes und der 14-tägigen Frist, **frühestens** in der **2. Märzhälfte** zur **Einleitung** des **Zwangsstrafverfahrens**. ■

VORSCHAU

- **NoVA: CO2-Zuschläge; EuGH kippt USt auf NoVA und BMF unterläuft dieses Urteil mit einer Info**
- **Sonstige Maßnahmen lt. BBG 2011**
- **Leistungsort für bestimmte sonstige Leistungen**

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: „Klienten-Info“, Probst GmbH, Redaktion: Josef Streicher, alle 2483 Ebreichsdorf, Wiener Neustädter Straße 20. Hersteller: Probst GmbH, 2483 Ebreichsdorf, Wiener Neustädter Straße 20. Kontakt: Tel. 02254/72278, Fax 02254/72110, E-Mail office@klientenservice.at, Homepage www.klientenservice.at. Richtung: Unpolitische, unabhängige Monatschrift, die sich mit dem Wirtschafts- und Steuerrecht beschäftigt und speziell für Klienten von Steuerberatungskanzleien bestimmt ist. Die veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt und ohne Gewähr.